

Die Ratssitzung am 10. Mai 2016



Über acht Stunden tagte der Kölner Rat am 10. Mai 2016. Mit dem Einbringen des Doppelhaushalts, der Beigeordneten-Wahl, der neuen Niehler Gürtel-Planung, dem Wasserbus auf dem Rhein, der Einrichtung einer Ombudsstelle für Geflüchtete und dem Ausbau des Offenen Ganztags bot die Ratssitzung spannende Themen und teils harte Kontroversen. Das schwarz-grüne Minderheitsbündnis fand für seine Anträge und Vorhaben teilweise sogar breite Mehrheiten – trotz der verbissenen Oppositionshaltung der SPD-Fraktion, die sich nicht an konstruktiven Lösungen und Kompromissen für Köln, sondern am Ziel des Verhinderns orientiert. SPD und Linke betrieben außerdem einen eklatanten Tabu-Bruch, in dem sie mit den Stimmen von AfD und ProKöln den Bau eines Rad- und Fußweges für den Niehler Gürtel verhindern wollten. Dies wird sicherlich noch ein politisches Nachspiel haben. Die wesentlichen Entscheidungen im Überblick:

Haushaltsentwurf 2016/2017 eingebracht

Oberbürgermeisterin Henriette Reker leitete dem Rat ihren ersten Hpl-Entwurf zu. „Der Entwurf ist im Vergleich zu 2015 genehmigungsfähig. Drastische Einschnitte werden vermieden ebenso Steuererhöhungen. Eine Grundsteuer-Erhöhung, wie sie die Stadtkämmerin vorschlug, aber von der Oberbürgermeisterin abgelehnt wurde, hätte beim teuren Kölner Wohnungsmarkt eine harte Belastung für die Mieterinnen und Mieter bedeutet.“, so Jörg Frank, finanzpolitischer Sprecher, der den Entwurf als solide Grundlage für die anstehenden Verhandlungen wertet. Allerdings werden politische Korrekturen und Schwerpunktsetzungen notwendig sein. Die SPD-Führung „ist enttäuscht“ vom Entwurf und bereitet bereits ihren Ausstieg aus der Haushaltsverantwortung vor. Trotzdem werden GRÜNE zusammen mit ihrem Kooperationspartner CDU auf alle Demokraten zugehen – auch auf die SPD, um eine konstruktive Haushaltsmehrheit zu bilden.

- [Siehe grüne Pressemitteilung](#)



Dr. Harald Rau gewählt

Als neuer Beigeordneter für das Dezernat V „Soziales, Integration und Umwelt“ wurde auf Vorschlag der GRÜNEN der parteilose Dr. Harald Rau von Oberbürgermeisterin Reker, CDU, GRÜNE, FDP, Deine Freunde, Piraten und Ratsmitglied Wortmann (FWK) – somit mit 54 Stimmen - gewählt. SPD, Linke und AfD enthielten sich. Voraussichtlich am 1. August wird er sein Amt antreten. Seine Vorgängerin war Henriette Reker.

Neues grünes Ratsmitglied

Wegen beruflicher Veränderungen legte Julia Woller ihr Ratsmandat nieder. Für sie rückte nun Hans Schwanitz als neues Ratsmitglied nach. Die grüne Ratsfraktion wählte in Nachfolge von Julia Woller Luisa Schwab zur neuen frauenpolitischen Sprecherin.

- [Siehe grüne Pressemitteilung](#)



Neue Planung für den Niehler Gürtel - TOP 3.1.11

Unter dem Titel „Niehler Gürtel – Planungsänderung“ beantragten GRÜNE zusammen mit CDU und Deine Freunde eine „attraktive Rad- und Fußwegeverbindung statt einer mehrspurigen Autostraße, was bei der SPD auf massiven Widerstand stieß. Den Einstieg in eine moderne, ökologische Verkehrspolitik begründete **Lino Hammer**, grüner verkehrspolitischer Sprecher: "Wer Straßen baut, wird Autoverkehr ernten. Deshalb ist der Ausstieg aus dem autogerechten Ausbau des Niehler Gürtels nur die logische Konsequenz, wenn wir KölnMobil 2025 ernst nehmen. In Zeiten des Klimawandels und einem sich stark ändernden Mobilitätsverhalten ist der Neubau von Autostraßen mitten in der Stadt absolut aus der Zeit gefallen, die Zukunft gehört dem Fahrrad! Mit einer durchgehenden Fuß- und Radtrasse von der Geldernstraße bis nach Mülheim wird die umweltfreundliche Mobilität in Köln nachhaltig gestärkt und für den ganzen Bezirk Nippes bleiben wichtige Grünflächen erhalten. Sowohl Luftreinhalteplan- als auch Lärmaktionsplan erfordern den dringenden Ausbau der Infrastruktur für Bus und Bahn, Fuß- und Radwege.“

Bei der Abstimmung kam es zum Eklat: Mit den Stimmen der rechtsextremen AfD und ProKoeln setzten Linke und SPD mit hauchdünner Mehrheit durch, dass es nicht zur Aufhebung des alten Ratsbeschlusses aus 2010 mit seiner autogerechten Ausbauplanung kommt, sondern diese autogerechten Planungen weiter in der Beratung bleiben.

Nach einer Auszeit schlug die Oberbürgermeisterin vor, wie folgt zu beschließen: „Es wird den Ratsgremien eine Vorlage zur Beratung vorgelegt, in der die Neuplanung des Niehler Gürtels vorgeschlagen und darüber hinaus die vorherigen Planungen als Alternative zu dieser Vorlage dargestellt werden.“ Dies fand eine Mehrheit, da nur SPD und FDP dagegen stimmten. Alle weiteren Punkte des Antrags wurden mit Mehrheit gegen SPD, FDP, AfD und ProKöln beschlossen. Das ist trotz allem ein grüner Erfolg. Somit wird nun zwar eine Rad- und Fußwege-Variante geplant, aber die Linke hat zusammen mit SPD, FDP und den Rechten dafür gesorgt, dass die Autostraßen-Planung weiter auf der Agenda bleibt.

„Die Linke handelt anders als sie öffentlich sagt. Sie hat mit ihrem Verhalten die Abkehr von der Autostraßen-Planung hintertrieben. Dabei haben die AfD- und ProKöln-Stimmen den Ausschlag gegeben, obwohl alle Demokraten zu Beginn der Wahlperiode vereinbart haben, keine Entscheidungen mit Hilfe rechter Stimmen durchzusetzen. Ein ungeheuerlicher Tabubruch der Linken, aber auch der SPD! Wir werden mit aller Kraft die Rad- und Fußwege-Verbindung vorantreiben. Die Linke wird nun Farbe bekennen müssen.“, kritisiert Jörg Frank, grüner Fraktionsgeschäftsführer.

- [Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Deine Freunde betreffend "Niehler Gürtel – Planungsänderung"](#)
- [Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.](#)
- [Änderungsantrag der SPD-Fraktion](#)
- [Änderungsantrag der FDP-Fraktion](#)



Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit – TOP 3.1.1

Alle Demokraten konnten sich auf einen Ratsbeschluss einigen, der die Städtepartnerschaften voranbringen soll. Auf grüne Initiative soll zukünftig die Stärkung der Menschenrechte als Teil der Städtepartnerschaftsarbeit ein wichtiger Bestandteil sein. Angesichts der weltweiten Entwicklungen soll die Stadt Köln ihrer menschenrechtlichen Verantwortung besser gerecht werden und in internationalen Kooperationen Menschen- und Minderheitenrechte aktiver und gezielter fördern. Zudem sollen Jugend- und Schulpartnerschaften ausgebaut werden. Das Land NRW wird aufgefordert, dafür mehr Unterstützung zu leisten. Der beschlossene Antrag im Wortlaut:

- [Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie von Ratsmitglied Wortmann \(Freie Wähler Köln\) betreffend "Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit"](#)



Wasserbusliniensystem Rheinland – TOP 3.1.2

Auf grüne Initiative beantragten GRÜNE zusammen mit CDU, FDP und Deine Freude, den Rhein als Verkehrsweg für den regionalen öffentlichen Nahverkehr durch ein „Wasserbusliniensystem Rheinland“ zu nutzen. Der Auftrag an die Verwaltung fand breite Zustimmung im Rat.

Lino Hammer, grüner verkehrspolitischer Sprecher erläuterte dazu:

"Es ist schön, dass nun knapp 40 Jahre nach den ersten Prüfungen eine ÖPNV-Verbindung auf dem Rhein konkrete Formen annimmt. Nicht nur die beiden Rheinseiten Kölns, sondern die ganze Region wächst so ein Stück näher zusammen. Durch den Starter zwischen Porz und Rodenkirchen entfällt für viele die Fahrt durch die Innenstadt und macht somit die Strecke auch für den Radverkehr attraktiv. Die zusätzliche Verbindung zwischen Köln und seinen Nachbarn führt so zu zusätzlichen Kapazitäten auf der Rheinschiene und zu einer Entlastung des Bahnknotens Köln. Ich freue mich, dass die Kölnerinnen und Kölner bald nicht mehr nur mit dem 'Müllemer Böttche' fahren können, sondern auch das 'Rheinland-Böttche' benutzen können."

- [Im Wortlaut Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Wasserbusliniensystem Rheinland"](#)

Opernsanierung auf dem Prüfstand – TOP 3.1.3

Nachdem die SPD in der März-Sitzung vergeblich den Baustopp für die Bühnensanierung forderte, wartete sie nun mit einem neuen Antrag auf, dessen Sinn sich nur schwerlich ergründen ließ. Denn der Hauptausschuss hat am 3.8.2015 die Aufklärung der „Bühnen-Havarie“ mit den Stimmen der SPD längst in Auftrag gegeben. Diese widersprüchliche Haltung kritisierte auch **Brigitta von Bülow**, grüne kulturpolitische Sprecherin. Sie erklärte: Wir möchten daher heute mit unserem Antrag ein Verfahren vorschlagen, dass sich an konkrete Adressaten richtet und die konkrete Umsetzung der Beschlüsse befördert.

Daher schlagen wir vor, dass sich das Rechnungsprüfungsamt mit der Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses befasst und auch externe Fachgutachter wie die Gemeindeprüfungsanstalt einbezieht - als Blick von außen.“

Schließlich wurde der von den GRÜNEN initiierte Ersetzungsantrag von CDU, GRÜNE und FDP gegen SPD, AfD und ProKöln bei einer unverständlichen Enthaltung der Linke beschlossen und gibt nun dem Rechnungsprüfungsamt einen klaren Auftrag, die Havarie der Opernsanierung zu untersuchen

- [Im Wortlaut Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Die Opernsanierung auf dem Prüfstand - Konzept für Großbauprojekte in Köln entwickeln"](#)
- [Im Wortlaut Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion](#)

Optimierung der Verkehrstechnik – TOP 3.1.5

Für die GRÜNEN steht die umweltgerechte Verkehrswende im Vordergrund, nämlich raus aus dem Auto – rein in die Bahn oder aufs Fahrrad. Trotzdem ist eine optimierte Schaltung der Lichtsignalanlagen für eine Reduzierung der Luftschadstoffe sinnvoll und soll u.a. für eine bessere Ampelschaltung auch für Radfahrende führen. Somit dienen solche Maßnahmen auch den Zielen von KölnMobil 2025, den Umweltverbund auf 67% zu steigern.

- [Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Optimierung Verkehrstechnik"](#)

Sportentwicklungsplanung jetzt aufsetzen – TOP 3.1.6

In den Wahlprogrammen von GRÜNE, CDU und SPD ist die Idee eines Sportentwicklungsplans zu finden. Daher ist dieses Thema im Grundsatz nicht strittig, vielmehr geht es um die konkrete Zielbestimmung und Umsetzung. Daher war es konsequent, dass der SPD-Antrag auf Vorschlag von CDU und GRÜNE in den Sportausschuss verwiesen wurde.

Für einen Eklat sorgte dann die SPD. Obwohl Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärte, dass die Verwaltung an einem konkreten Freizug der durch Flüchtlinge belegten Sporthallen intensiv arbeite und in Kürze das Konzept den Ratsausschüssen vorlegt, beharrte die SPD auf ihrem Antrag, die Sporthallen schnellstmöglich zu räumen. Damit verstärkt sie ohne Not und verantwortungslos rechtspopulistische Stimmungen in der Bevölkerung. Die Reaktion kam dann auch prompt. Die AfD begrüßte ausdrücklich die Forderung von SPD-Sportsprecher Peter Kron. In der anschließenden Abstimmung stimmten alle Demokraten gegen diesen SPD-Antrag (Ziffer II). Hingegen stimmte die AfD mit der SPD dafür. Fazit: Die KölnSPD sollte zügig ihre merkwürdige Positionierung korrigieren, das gebietet der demokratische Anstand in der heutigen Situation, Rechtspopulisten keinen Zündstoff zu bieten.

- [Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entwicklungsperspektiven für den Kölner Sport Sportentwicklungsplanung jetzt aufsetzen"](#)

Zukünftiges Verfahren bei Haushaltsplanberatungen – TOP 3.1.7

Der Antrag der Linke war nicht dazu geeignet, die zukünftigen Haushaltsberatungen und den Haushaltsvollzug auf eine neue und bessere Grundlage zu stellen. CDU, GRÜNE und FDP formulierten mit ihrem Antrag hingegen auch wichtige Ziele der Oberbürgermeisterin für die dringend notwendige Neuaufstellung. „Wir wollen das Verfahren zur Haushaltsaufstellung, die Haushaltsberatung und den Haushaltsvollzug mit eindeutigen Zielen grundlegend optimieren. Die Haushaltsplanung soll mit der strategischen Ausrichtung der Stadtpolitik verknüpft werden. Haushaltsplan und Haushaltsvollzug sind anschaulicher und nachvollziehbarer zu gestalten“, erklärte **Jörg Frank**, grüner finanzpolitischer Sprecher.

Der Ersetzungsantrag von CDU, GRÜNE und FDP wurde schließlich einstimmig gebilligt. Oberbürgermeisterin Reker verbindet damit die Erwartung, dass es zukünftig eine breit getragene politische Verantwortung für die Sanierung der Stadtfinanzen geben könne.

- [Antrag der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie Ratsmitglied Wortmann \(Freie Wähler Köln\) betreffend "Zukünftiges Verfahren bei Haushaltsplanberatungen"](#)
- [Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion](#)

Förderung der Elektromobilität in Köln – TOP 3.1.8

Der Antrag von CDU, GRÜNE und FDP fand eine breite Mehrheit, obwohl der SPD/Linke-Antrag keine Berücksichtigung finden konnte, weil er einfach nichts Neues beinhaltete.

- [Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Förderung der Elektromobilität in Köln"](#)
- [Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke.](#)

KölnMobil – Express-Bus-Netz für Köln – TOP 3.1.9

Der SPD-Antrag fand zusammen mit den Ergänzungen von CDU, GRÜNE und Deine Freunde breite Zustimmung. Hierzu erklärte **Lino Hammer**, grüner verkehrspolitischer Sprecher: „Da Schieneninfrastruktur aber oft nur langfristig und auch abhängig von den Förderkulissen von Land und Bund ist, ist es sinnvoll, nach Alternativen zu schauen. Doch damit auch zu Hochzeiten diese Busse wirklich Schnellbusse sind, bedarf es sicherlich an der ein oder anderen Stelle auch einer auf sie zugeschnittenen Infrastruktur, nämlich Busspuren. Andere Städte, auch Großstädte, machen es uns doch vor, wie es funktionieren kann. Uns ist wichtig, die konkreten Maßnahmen und Investitionen, die zur Einrichtung solcher Expressbuslinien notwendig sind, darzustellen - insbesondere auch die konkreten zu erwartenden Zeitgewinne für die Pendlerinnen und Pendler.“

- [Antrag der SPD-Fraktion betreffend "KölnMobil – Express-Bus-Netz für Köln"](#)
- [Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.](#)
- [Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Deine Freunde](#)

Grünfraß stoppen – Denkmalschutz stärken – TOP 3.1.10

In Übereinstimmung mit Deine Freunde wurden die noch aktuellen Punkte ihres Antrags in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

Azubi-Wohnheime für Köln! – TOP 3.1.12

Der SPD-Antrag fand keine Mehrheit. Außer der SPD stimmten alle übrigen Fraktionen dagegen. Die SPD-Idee ist realitätsfern und schafft keine Wohnungen für Auszubildende. Durch die stärkere Förderung des öffentlich-geförderten und auch preisgedämpften Wohnungsbaus werden auch bezahlbare Wohnungen für Azubis geschaffen. Darauf müssen sich Rat und Verwaltung mit aller Kraft konzentrieren, statt Arbeitsressourcen in unausgegorenen Ideen zu vertun.

- [Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Azubi-Wohnheime für Köln!"](#)

Offene Ganztagschule (OGS) im Primarbereich – bedarfsgerechter Ausbau – TOP 10.7

Auf schwarz-grüne Initiative hat der Rat 1.000 zusätzliche OGS-Plätze und eine noch sozialere Elternbeitragsstaffel in Auftrag gegeben. Die Mehreinnahmen, die durch die Begrenzung der Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten auf 12 Monate entstehen, werden zur Finanzierung eines bedarfsgerechten und qualitätsvollen Ausbaus des OGS-Angebots verwendet.

- [Die Verwaltungsvorlage im Original : Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 28.900 Plätze](#)
- [Grüne Pressemitteilung : Steigender Bedarf bei der Kinderbetreuung im offenen Ganztag: CDU und Grüne sorgen trotz schwieriger Haushaltslage für bedarfsgerechten Ausbau](#)

Einrichtung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge – TOP 10.12

Mit breiter Mehrheit beauftragte nun der Rat die Verwaltung mit der Einrichtung einer Ombudsstelle. Schlechten Stil bewies allerdings die SPD mit dem, gemeinsam mit Linken und anderen gestellten Änderungsantrag. In einem gemeinsam mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen und der Verwaltung anberaumten Gespräch hatten sich CDU, SPD, Grüne und FDP gegen Die Linke darauf verständigt, der Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen. Diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund getroffen, dass zunächst die Aufgaben des bereits vorhandenen Beschwerdemanagements in der Verwaltung in Abgrenzung zur Ombudsstelle beschrieben werden soll und die gewonnenen Erfahrungen Ende 2017 evaluiert werden. Im Rat wurde die SPD wortbrüchig. **Marion Heuser**, grüne sozialpolitische Sprecherin, stellte die Aufgabe dieser Ombudsstelle klar: „Die Ombudsstelle stellt eine weitere Deeskalationsstufe im Beschwerdemanagement dar. Sie ist als Reaktion auf Beschwerden über sexuelle Übergriffe durch Brandschutzleute in der Turnhallen-Unterbringung in Humboldt-Gremberg von Beginn an als eine Erweiterung des bestehenden Beschwerdemanagements geplant worden. Anders als bei alltäglichen Beschwerden oder Missverständnissen geht es hierbei um den Vorwurf gravierender Verstöße, wie Gewalt, sexuelle Übergriffe, Diskriminierungen, Verletzungen der Menschenwürde gegenüber Flüchtlingen. Wichtig ist uns darüber hinaus aber die Wahrung der Unabhängigkeit der Ombudsstelle.“

- [Die Verwaltungsvorlage im Original](#)
- [Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Wortmann \(Freie Wähler Köln\)](#)

Übertragung des Eigentums an städtischen Park & Ride-Anlagen auf die KVB

Ein längst überfälliger Schritt für die Schaffung von Mobilitätsleistungen aus einer Hand wird nun realisiert.

- [Die Verwaltungsvorlage im Original](#)

Ausschreibung Beigeordneter-Stelle „Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ – TOP 10.23

Der Rat hat nun ohne Gegenstimmen die Ausschreibung für die Leitung des neuen Dezernats „Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ beschlossen. Am 15.3.2016 hat der Rat auf schwarz-grüne Initiative

mit Unterstützung der FDP die Bildung dieses Dezernats gebilligt. Zu einem späteren Zeitpunkt soll das neue Dezernat mit dem Wirtschaftsdezernat zusammengeführt werden. Für den Bereich der Sanierung der gesamten Verkehrsinfrastruktur und den Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes besteht akuter Handlungsbedarf.

- [Die Verwaltungsvorlage im Original](#)

StartUp-Förderung Digitale Wirtschaft – TOP 10.24

Die Stadt Köln wird sich als Teil des Bieterkonsortiums um die Landesförderung für StartUps im Bereich der Digitalen Wirtschaft bewerben. IHK und Universität Köln steigen erstmals bei einem solchem Projekt als Partner mit ein. Die Bewerbungsfrist des Landes NRW für das Förderprogramm „Regionale Plattformen für die Digitale Wirtschaft NRW (DWNRW-Hubs)“ endet am 1. Juni 2016. „In Köln soll eine regionale Plattform für die digitale Wirtschaft, für die Digitalisierung der Wirtschaft und die digitale Transformation, insbesondere für mittelständische Unternehmen und Industrie aufgebaut werden, wodurch vor allem StartUp-Unternehmen gute Start-Chancen erhalten sollen. Es ist eine wichtige Initiative für den Wirtschaftsstandort. Köln bietet mit dem schnellen Digital-Netz der NetCologne eine gute Infrastruktur.“, begrüßt **Jörg Frank**, grüner wirtschaftspolitischer Sprecher, das Vorhaben.

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer